

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Bollme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlebrück, Rönshahl, Kierspe, Kierspe-Bhf., Bollwerk, Bollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Balbert, Dhl, Kupferberg, Radepornwald, Breckerfeld u. f. w.

Druck und Verlag: Wilh. Bell jr., Halver.

Fernsprecher Nr. 42 Amt Halver.

Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Nr. 10

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage.
Bezugspreis: Vierteljährlich durch die Post M. 27,—
monatlich M. 9,—

Halver

Donnerstag, den 12. Januar 1922

Anzeigenpreis für 1 mm Höhe und 45 mm Breite
30 Pfg., auswärts 35 Pfg., im Reklameteil 1 mm hoch
90 mm breit 150 Pfg.

22. Jahrgang

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- Der Oberste Rat hat in Cannes die deutschen Zahlungen für 1922 auf 720 Millionen Goldmark festgesetzt.
- Finanzminister Dr. Hermes hielt bei der Sitzung der vereinigten Steuerauschnitte des Reichstages eine Rede, in der er wünschte, daß der Reichstag die Änderungen und Kürzungen an den Regierungsvorlagen teilweise rückgängig machen möge.
- Die für den wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas vorgesehene internationale Wirtschaftsgesellschaft soll ihren Hauptsitz in London haben.
- Die russische Regierung nahm die Einladung zur Wirtschaftskonferenz nach Genua an.
- Erzherzogin Rita von Habsburg ist in Paris eingetroffen.

Länderblocks.

Von einem politischen Mitarbeiter werden uns folgende Betrachtungen zu einer neuen Erscheinung auf dem Gebiete der inneren Politik mitgeteilt:

Die verschiedenen Zusammenkünfte von Ministerpräsidenten bestimmter Gruppen der deutschen Gliedstaaten scheinen der Anfang einer Bewegung zu sein, die man als Bildung von Länderblocks im Reiche bezeichnen kann. Zuerst waren es die von sozialistischen Regierungen geleiteten mitteldeutschen Freistaaten Sachsen, Thüringen und Braunschweig, die ihre führenden Männer nach Leipzig entsandten und dort untereinander Fühlung nehmen ließen. Anfangs wurde die Angelegenheit noch sehr geheimnisvoll behandelt. Erst als Indiskretionen durchzusickern begannen, gab man zu, daß es sich um einen näheren Zusammenschluß der drei Länder handele zu dem Zweck, in Deutschlands Mitte einen Staatenblock mit zielbewußter sozialistischer Politik zusammenzuschließen. Wenige Wochen später wurde eine zweite Zusammenkunft abgehalten, an der diesmal auch der Freistaat Anhalt-Desau teilgenommen haben soll. Damit ist die Aufmerksamkeit des deutschen Volkes auf diese Vorgänge gelenkt worden, bei denen sich Reime einer Entwicklung vorzubereiten scheinen, die von der bisherigen Grundlinie der deutschen Einheitsbewegung weitab führt, und die deshalb genaue Beachtung verlangt.

Eine ähnliche Entwicklung scheint sich auch in Süddeutschland anzubahnen zu wollen. In dieser Woche treffen der württembergische und der badische Staatspräsident, Dr. Hieber und Dr. Hummel, in München ein, um mit dem bayerischen Ministerpräsidenten, dem Grafen Lerchenfeld, gemeinsame Besprechungen abzuhalten. Münchener Blätter sprechen von einer Reihe von wichtigen Fragen, die die süddeutschen Länder besonders betreffen, und die den Gegenstand dieser Besprechungen bilden sollen. Mit dieser persönlichen Fühlungnahme wollte man sich auf die Zusammenkunft der Ministerpräsidenten aller deutschen Länder vorbereiten, die im Laufe des Monats Januar in Berlin geplant ist. Dort will man dann die besonderen Interessen Süddeutschlands zur Geltung bringen. Man hoffe, in den Beziehungen der größten süddeutschen Staaten zu einer Vertiefung und Festigung zu gelangen, die in der Vergangenheit manchmal schmerzlich vermisst wurde. Vereinzelt wird darüber hinaus schon von einem politischen und wirtschaftlichen Zusammenschluß Süddeutschlands gesprochen und dieser als eine Notwendigkeit gegenüber den Berliner Zentralisierungs- und Unitarisierungsbestrebungen bezeichnet.

Daß damit die Spitze der in München sich vorbereitenden Bewegung gegen die Zentralinstanzen des Reiches geleitet wird, ist bei den bekannten vollstündlichen Stimmungen in Bayern nicht gerade verwunderlich. Trotzdem wird man wohl auch einen Zusammenhang mit dem von den Mittelstaaten gegebenen Beispiel vermuten dürfen, wobei vielleicht mehr wirtschaftliche als politische Absichten vorwalten mögen. Während Bayern auch nach dem Sturz des Herrn von Rahr einen im ganzen rechtlich gerichteten Kurs einhält, fegelt Württemberg und Baden nach wie vor in ausgesprochen demokratischem Fahrwasser. Um so gleichartiger sind die wirtschaftlichen Interessen der drei Südstaaten; insbesondere sind sie wohl in der Ablehnung der Zwangswirtschaft durch den Staat vollkommen einig. Die Berliner Tendenz zur Zwangswirtschaft und zur Sozialisierung würde aber, wenn es wirklich zu einem Mitteldeutschen Länderblock unter ausgeprägter sozialistischer Führung käme, von diesem aus eine erhebliche Verstärkung erfahren. Die so bewirkte Umgestaltung des Wirtschaftslebens müßte aber unfehlbar weittragende politische Folgen nach sich ziehen, in deren Ablehnung für die süddeutschen Staaten, bei aller sonstigen Verschiedenheit ihrer innerpolitischen Geschäftsführung, wohl durchaus einig wären. So könnte es kommen, daß von den hier sich zeigenden Anfängen auch das feste Reichsgefüge der Gefahr von Erschütterungen ausgesetzt wird, und unter den heftigen Verhältnissen müßte, wenn sich einmal partikularistischen Interessen hervorwagten, mit ganz andern Gefahren gerechnet werden als in früherer Zeit. Deshalb wird man gut tun, den Vorgängen in Mittel- und in Süddeutschland von vornherein die Aufmerksamkeit zu schenken, die überall geboten erscheint, wo die Reichsinteressen in Frage kommen.

Politische Rundschau. Deutsches Reich.

Niedergang in unseren früheren Kolonien.

Die Entente hat uns unsere Kolonien bekanntlich unter dem Vorwand weggenommen, daß Deutschland nicht in der Lage sei, seine Kolonien sachgemäß zu verwalten. Sie wollten es natürlich besser verstehen. In Wirklichkeit aber ist, wie sich aus neueren englischen und französischen Nachrichten ergibt, das Wirtschaftsleben der ehemaligen Schutz-

gebiete ins Stocken geraten; die Spannungen und großen teils dem Verfall ausgeliefert. Von irgendwelchen neuen Unternehmungen kann man nur wenig bemerken, Menschen- und Tierseuchen nehmen aufs neue überhand, da weder Engländer noch Franzosen über das nötige vorgebildete Ärzte- und Veterinärpersonal verfügen. Die Eingeborenen sind größtenteils mit den Zuständen unter der Mandatsherrschaft unzufrieden. Die Liquidation des deutschen Eigentums hat Beiträge ergeben, die weit unter dem wirklichen Wert stehen.

Der Raub in Oberschlesien.

Bei der letzten Besichtigungsreise, die Bundesrat Cailhier in das oberschlesische Industriegebiet unternahm, wurde den Schweizer Herren auch jener unglückliche Winkel vor Augen geführt, der bei Rudahammer über die nach Hindenburg führende Chaussee vorpringt und damit das Knappschafslazarett Rudahammer auf polnischem Gebiet belagert. Gleichzeitig konnte den Besuchern vor Augen geführt werden, daß der Abbau dieser letzten bei Deutschland verbleibenden fiskalischen Grube bereits bedenklich fortgeschritten ist. Einer der deutschen Industriellen wies in einer Ansprache die Schweizer Gäste darauf hin, daß all das, was sie in diesen Tagen gesehen hätten, das Werk deutschen Fleißes, deutscher Intelligenz und deutschen Kapitals sei, und gab den schmerzlichen Gefühlen der deutschen Bevölkerung Ausdruck, die all das, was sie seit einem Jahrhundert aufgebaut habe, nun durch den Nachspruch von Genuf zerrissen sehe.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Bei den deutsch-italienischen Wirtschaftsverhandlungen wurde Einverständnis darüber erzielt, in welcher Weise die Verhandlungen weitergeführt werden sollen, und die Bildung von Unterkommisionen beschlossen.

Koblenz. Landrat Graf Adelmann von Adelmansfelden ist zum Regierungspräsidenten in Köln ernannt worden.

Koblenz. Bis ungefähr Mitte März werden im ganzen noch zwei größere Truppenabteilungen der amerikanischen Besatzung nach den Vereinigten Staaten zurückbeordert.

Kopenhagen. Die antibolschewistischen Truppen in Ostibirien haben die Stadt Nikolajew am Amur und Sarapulsk besetzt und den Bolschewiken 70 Werst von Jauist eine Niederlage beibracht.

Belgrad. Die Nachricht von der Verlobung König Alexanders mit der rumänischen Prinzessin Maria wird bestätigt.

720 Millionen.

Der Beschluß von Cannes über unsere Zahlungen.

Obgleich die endgültigen Festsetzungen der Konferenz von Cannes nicht genau angegeben werden können, bevor nicht die amtlichen Noten darüber ausgegeben sind, kann doch in Meldungen der Nachrichtenbüros und der großen Blätter die Wichtigkeit dieser Beschlüsse als feststehend gelten. So lautet jetzt der Sonderberichterstatter des „Echo de Paris“ in Cannes:

Die Summe, die von Deutschland im Jahre 1922 in bar für die Reparationen verlangt werde, betrage 720 Millionen Goldmark. Von dieser Summe solle Frankreich 139 Millionen erhalten.

Das zweite große Problem, das nächst den deutschen Zahlungsverpflichtungen in Cannes behandelt wurde, betrifft den

englisch-französischen Garantievertrag.

Dieser ist auf ein englisches Angebot zurückzuführen, welches von folgenden Bedingungen abhängig gemacht wird: 1. Frankreich müsse sich nicht nur an die internationale Konferenz von Genua für gebunden erklären, sondern müsse auch die von Lloyd George vorgeschlagene Resolution annehmen; 2. Frankreich müsse eine befriedigende Regelung der Langerfrage gemäß dem Friedensvertrage annehmen, d. h. die Forderungen, die seit dem Waffenstillstand gestellt worden seien, aufgeben; 3. Frankreich müsse sich mit England hinsichtlich des Vertrages von Agora einigen. In einem besonderen Memorandum fordere die britische Regierung noch eine gemeinsame Regelung der Fragen der französischen Unterseebootsflotte. Der Pakt selbst enthalte die Verpflichtung Englands, im Falle eines nicht provozierten deutschen Angriffs Frankreich mit allen seinen Streitkräften zu unterstützen.

Eine internationale Wirtschaftsgesellschaft.

Die alliierten Minister haben sich dringens mit den all gemeinen Wiederaufbaufragen beschäftigt und dabei endgültig das in Paris ausgearbeitete Projekt eines mit dem wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas beauftragten Konsortiums festgelegt. Man hat sich dabei auf einen Vorschlag Loucheurs geeinigt, der die Bildung einer Hauptgesellschaft mit einem beschränkten Kapital von nur zwei Millionen Pfund Sterling vorgeschlagen hatte, an welche in den verschiedenen interessierten Ländern Tochtergesellschaften angeschlossen werden sollten. Die Hauptgesellschaft wird ihren Sitz in London haben und den englischen Gesetzen unterstehen.

Die Russen kommen nach Genua.

Der auffeherregenden Einladung an die Sowjetregierung zur Teilnahme an der Konferenz in Genua ist ebenfalls schnell ihre Annahme durch die Russen gefolgt. Tschitscherin hat ein Telegramm an den Obersten Rat in Cannes gerichtet, nach welchem die russische Regierung mit Befriedigung die Einladung zu der europäischen Konferenz annimmt. Eine außerordentliche Sitzung des Hauptvolkswirtschaftsausschusses wird der russischen Delegation ausgedehnte Vollmachten übertragen. Auch wenn Lenin verhindert sein sollte, Anstand zu verfallen, so wird in jedem Falle die Delegation dieselbe Autorität besitzen, als wenn Lenin an ihr teilnähme.

Gegen die Erhöhung der Kartoffelpreise.

Berlin, 10. Januar.

Entgegen dem bekannten Gerücht, daß mit einer neuen Steigerung der Kartoffelpreise zu rechnen sei, wendet sich das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft vor allem gegen die Behauptung, daß in den nächsten Tagen bereits eine Erhöhung der vom Reichsministerium festgesetzten Richtpreise für Kartoffeln um 10 Mark pro Zentner erfolgen solle. Es wird festgestellt, daß seitens des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft bisher Richtpreise nicht festgesetzt worden sind und auch in Zukunft eine solche Festsetzung nicht beabsichtigt ist. Vielmehr hat das Ministerium nur den Ländern empfohlen, örtliche Kommissionen zur Ermittlung von Angemessenheitspreisen für Kartoffeln einzusetzen. Als Schulbeispiel für die Berechnung der Kartoffelpreise wurde in diesem Rundschreiben ein Preis von 70 Mark für den Zentner empfohlen. Trotzdem haben die örtlichen Kommissionen in den meisten Bezirken diesen Preis noch erhöht.

Nach Ansicht des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft liegt daher zurzeit zu einer weiteren Erhöhung der Erzeugerpreise in den einzelnen Bezirken keine Veranlassung vor. In den bisher gepflogenen Verhandlungen ist stets seitens des Ministeriums der Landwirtschaft gegenüber mit Nachdruck betont worden, daß die Preise für die wichtigsten Lebensmittel in Grenzen gehalten werden müssen, die noch für die Konsumenten erträglich sind, und daß die Landwirtschaft mit Rücksicht auf ihren eigenen Betrieb ein Interesse daran habe, daß diese Grenze nicht überschritten wird. Eine vollständige und rückwärtslose Ausnutzung der Preissteigerung für die letzten Endes die richtig verstandenen Interessen der Landwirtschaft selbst.

Das Ergebnis der Steuerberatung.

Die Regierung wünscht Zurücknahme der Kürzungen.

Nachdem die Steuerauschnitte des Reichstages die Gesetzentwürfe der Regierung in erster Lesung durch beraten und dabei mancherlei Änderungen und Abstriche an den Vorlagen vorgenommen haben, traten beide Ausschüsse zu einer gemeinsamen Sitzung zusammen, in der der Finanzminister Hermanns sich zu dem bisherigen Ergebnis der Beratungen eingehend äußerte. Dabei sagte er:

Die Wünsche der Reichsregierung

folgendermaßen kurz zusammen: Die Zölle auf Kaffee, Tee und Kakao, deren Erhöhung in erster Lesung abgelehnt worden ist, müssen mindestens auf die vom Reichswirtschaftsrat vorgeschlagene Höhe gebracht werden. Bei der Tabaksteuer wird die Herabsetzung der Ermäßigung der Steuer für Zigarettenschnitt von 20 auf höchstens 10 Prozent notwendig sein. Bei der Biersteuer wird die Steuerbegünstigung für Bier mit einem Stammwürzgehalt bis zu 9 Prozent beseitigt werden und im übrigen der gesamte Ertrag aus der vorgeschlagenen Biersteuer voll dem Reiche zufließen müssen. Den Gemeinden wird daneben die Verfügung zur selbständigen Erhebung eines bestimmten Zuschlages einzuräumen sein. Die Grundersteuer, die in erster Lesung auf den Satz von nur 50 Mark für den Doppelzentner erhöht worden ist, muß auf den im Entwurf vorgeschlagenen Satz von 100 Mark auf einen Doppelzentner gebracht werden. Bei der Kohlensteuer muß der größte Wert darauf gelegt werden, daß die vorgeschlagene Erhöhung auf 40 Prozent bewilligt wird mit der Maßgabe, daß je nach Lage der wirtschaftlichen Verhältnisse eine Ermäßigung oder Erhöhung dieses Satzes eintreten kann. Die Umsatzsteuer soll nach den Beschlüssen in 1. Lesung nur auf 2 Prozent erhöht werden. Diese Steuer bildet wegen ihres Ertrages das Rückgrat der vorgeschlagenen Finanzreform und es muß deshalb der größte Wert darauf gelegt werden, daß der im Entwurf vorgeschlagene Satz von 2½ Prozent auch tatsächlich Gesetzeskraft erlangt.

Bei den Vermögenssteuern

die in verschiedener Hinsicht den Kernpunkt der Vorlagen bilden, sind ebenfalls wesentliche Änderungen erfolgt. Der Tarif des Vermögenssteuergesetzes ist mit Rücksicht auf die inzwischen eingetretene Geldentwertung durch Auseinanderziehung der Steuerstufen abgemildert worden. Ich möchte anerkennen, daß eine Abänderung des Tarifes aus den angegebenen Gründen notwendig ist, es wird aber zu prüfen sein, ob diese Abänderung in dem Umfange, wie sie in erster Lesung beschlossen ist, bestehen bleiben kann. Auch bei der Vermögenszuwachssteuer halte ich die weitgehende Ermäßigung des Tarifes nicht für tragbar. Will man die eingetretene Geldentwertung berücksichtigen, so würde es genügen, wenn für die erste Steuerstufe dieses Tarifes an Stelle von 100 000 Mark 200 000 Mark gesetzt werden.

Durch die Abstriche und Abschwächungen, die in erster Lesung an den Regierungsvorlagen gemacht worden sind, entstehen Ausfälle, die in folgender Weise zu schätzen sind:

bei der Grundersteuer auf	4 bis 5 Milliarden,
„ „ „ Kohlensteuer auf	5,0 „
„ „ „ Biersteuer auf	0,2 „
„ „ „ Tabaksteuer auf	0,4 „
„ „ „ Zölle auf	1,5 „
„ „ „ Umsatzsteuer auf	0,5 „

mithin bei den Verbrauchssteuern auf rund 12 Milliarden.

Bei den drei Vermögenssteuern ist eine Schätzung des Ausfalles nicht möglich. Sie dürften jedoch auch hier erheblich sein.

Aber die Abänderung der Einkommensteuer.

Die im Auslande vielfach einer unzutreffenden Kritik unterzogen worden ist, sagte der Minister, daß diese Änderung notwendig war, weil seit der Ausstellung der Tarife der Wert der Mark ganz erheblich gesunken ist. Heute beträgt er auf dem internationalen Markt etwa 2 bis 3 Pfennige; die inländische Kaufkraft wird mit nur noch 5 Pfennigen angenommen werden können. Demgemäß besitzen die Mark-Einkommen nur noch den zwanzigsten Teil ihrer Friedensaufkraft. Die Ermäßigung der Einkommensteuer auf eine den Wertverhältnissen der Mark entsprechende Höhe wird nach Auffassung der Reichsfinanzverwaltung die günstige Wirkung haben, das Bestreben der Steuerpflichtigen, das Einkommen auf legalen oder illegalem Wege der Besteuerung zu entziehen, einzudämmen. Trotz der durch die Abänderung der

Dotenent Senkung des Einkommensteuertarifes ist zu erwarten, daß das im Etat für 1922 vorgesehene Aufkommen an Einkommensteuer im Betrage von 23 Milliarden Mark mindestens erreicht wird, da mit Rücksicht auf die eingetretene Geldentwertung auch durchweg die nominelle Höhe der Einkommen in Mark außerordentlich gestiegen ist und durch diese Steigerung der Markteinkommen die Ermäßigung der Steuerfüße zweifellos ausgeglichen wird.

Die Erhebung der Einkommensteuer soll dadurch gefördert werden, daß die Veranlagung zur Reichseinkommensteuer für das Rechnungsjahr 1920 alsbald zum Abschluß kommt. Nach den vorliegenden Berichten der Landesfinanzämter ist damit zu rechnen, daß diese Veranlagung bis Ende dieses Monats fast überall vollendet ist. Dann wird auch die Einziehung der Einkommensteuer folgen und es werden nach den Bestimmungen des Einkommensteuergesetzes auf Grund der eVeranlagung für 1920 selbstständig die Vorauszahlungen für die weiteren Rechnungsjahre eintreten, so daß auch dann diejenigen Einkommen, die nicht dem Lohnabzug unterliegen, in gleicher Weise wie diese rechtzeitig ihre Steuer leisten. Ferner soll sich unmittelbar die Veranlagung zur Einkommensteuer für 1921 anschließen, die dann spätestens Mitte 1922 zu Ende geführt sein muß. Die Vermögenssteuer soll erst im Jahre 1923 erstmals erhoben werden, um im Jahre 1922 den Steuerbehörden eine Atempause zu gewähren. Wegen der Geschäftslage bei den Steuerbehörden muß ich daher die Bitte an Sie richten, von neuen steuerlichen Maßnahmen über die Vorschläge der Reichsregierung hinaus absehen zu wollen.

Einigung der sozialistischen Parteien?

Die Unabhängigen für den Klassenkampf.

Leipzig, 10. Januar.

Auf dem Parteitag der U. S. P. D. wurde ein Manifest beraten, welches als hauptsächlichste „Kampfsziele“ bezeichnet: 1. Fortführung der Sozialgesetzgebung, 2. Bekämpfung jeder Verlängerung der Arbeitszeit, 3. Ablehnung jeder Einschränkung der Koalitionsfreiheit und des Streikrechts, 4. Erweiterung der Rechte der Betriebsräte, 5. Verwirklichung des Grundgesetzes, daß der Staat die Pflicht zur Erhaltung bedürftiger Arbeitsunfähiger oder arbeitsloser Mitglieder der Gesellschaft hat, 6. Schaffung eines einheitlichen Arbeiterrechts. Weiter wird darin gefordert die Besteuerung der Sachwerte und die Sozialisierung der wichtigsten Industrien. — Der Abgeordnete Lebour bekannte sich in seinem Referat ausdrücklich zu der Forderung der

revolutionären Diktatur des Proletariats

und zur Anwendung von Gewalt. Er sagte u. a.: Für Gewaltanwendungen sind auch wir, und wir werden sie anwenden, wenn es nötig ist. Es kann wieder eine revolutionäre Hochflut kommen, die uns zur Gewaltanwendung zwingt, dann, wenn das Proletariat wieder geschlossen revolutionär wird. In der Debatte wurde von verschiedenen Rednern die Vereinigung mit den Mehrheitssozialisten abgelehnt, weil diese Partei nicht auf dem Boden des Klassenkampfes stehe. Dagegen machte der Vertreter der französischen Sozialisten den Vorschlag, eine Konferenz zur Einigung aller drei sozialistischen Parteien, also mit Einschluß der Kommunisten, einzuberufen. Wahrscheinlich werden sich aber die deutschen Sozialdemokraten mit aller Entschiedenheit gegen eine solche Konferenz stemmen, da sie die Kommunisten nicht als verhandlungsfähig anerkennen, auch wurde in Leipzig eine besondere Entscheidung angenommen, in der die schärfste Verwarnung dagegen eingelegt wird, daß in Rußland auch Sozialdemokraten von der bolschewistischen Regierung eingekerkert und einer unmenschlich grausamen Behandlung ausgesetzt worden sind.

Soziales und Provinziales.

Halber, den 12. Januar 1922

□ **Auslösung der Schahanweisungen.** Die noch umlaufende, bisher nicht ausgeloste Serie IV der auslosbaren Prozentschahanweisungen des Deutschen Reiches von 1915 (2. Kriegsanleihe) wird am 1. Juli 1922 zur Rückzahlung fällig. Die Besitzer der zu dieser Serie gehörigen Schahanweisungen werden aufgefordert, die am 1. Juli 1922 fälligen Kennbeträge der Schahanweisungen gegen Quittung und Rückgabe der Schulbuchscheine bei der Preussischen Staatsschuldentilgungskasse in Berlin W 8, Raubentstraße 29, zu erheben. Die Einlösung geschieht außerhalb Berlins auch bei den Reichsbankanstalten. Die Wertpapiere können schon am 1. Juni 1922 an diesen Stellen eingereicht werden, die sie der Preussischen Staatsschuldentilgungskasse zur Prüfung vorzulegen und nach der Feststellung die Auszahlung vom 1. Juli 1922 an zu bewirken haben. Der Einlösungsbetrag kann bei den Vermittlungsstellen außerhalb Berlins nur dann mit Sicherheit am Fälligkeitstage abgehoben werden, wenn die Schahanweisung der Vermittlungsstelle wenigstens zwei Wochen vorher eingereicht wird. Mit dem Ablauf des 30. Juni 1922 hört die Verzinsung der Schahanweisung auf. Vor-

ruhe zu den Leistungen werden von sämtlichen Einlösungseinstellen unentgeltlich verabfolgt. Von den bereits ausgelosten Schahanweisungen der Serien I, II und III ist eine große Anzahl noch nicht zur Einlösung vorgelegt worden. Die Inhaber werden aufgefordert, sie zur Vermeidung weiteren Zinsverlustes schleunigst einzureichen.

□ **Direkter Postanweisungsverkehr mit Finnland.** Vom 1. Januar d. J. an sind gewöhnliche und telegraphische Postanweisungen aus Deutschland nach Finnland im unmittelbaren Verkehr mit der finnischen Postverwaltung zugelassen. Die Postanweisungen sind in finnischen Mark und Penny anzustellen. Höchstbetrag einer Postanweisung sind 1000 finnische Mark. Von Finnland nach Deutschland sind Postanweisungen noch nicht zugelassen.

□ **Gültigkeitsdauer von Fahrkarten.** Aus Anlaß der Tarifierhöhung im Personenverkehr, die am 1. Februar 1922 eintritt, hat die Eisenbahnverwaltung die Gültigkeit der Fahrkarten für die Zeit vom 29. bis 31. Januar beschränkt. Mit Fahrkarten, die mit einem Tage des Januars abgelaufen sind, muß die Reise im Januar angetreten werden.

— * Das Hauptzollamt Hagen teilt uns mit: Neuerdings ist im Handel ein von Friedrich Sauer in Gotha verfaßtes Buch „Das neue Weinbuch“, Anleitung und Vorschriften zur Kelterung edler echter Weine, veredelter Frucht- und Schaumweine im Haushalt erschienen. Außer der Anleitung zur Herstellung von Weinen aus Trauben, Beeren und Früchten, die durch Anwendung besonderer, von Sauer zu beziehender Hefen den Geschmack der verschiedensten edlen Weine erhalten sollen, enthält das Buch auch einen Hinweis auf die völlige Steuerfreiheit der im Haushalt für den eigenen Bedarf hergestellten Weine und Schaumweine. Es wird darauf hingewiesen, daß der zum Verbrauch im eigenen Haushalt selbsthergestellte Wein der Weinsteuer unterliegt, wenn er in verschlossenen Flaschen dem Verbräucher zugeführt wird und daß Schaumwein stets zu versteuern ist, sobald er auf die Flasche abgefüllt und diese verkorkt ist. Zuwiderhandlungen unterliegen der gesetzlichen Strafe.

— **Halber, 11. Jan.** Wegen Erkrankung des Redners, Herrn Dr. Fleischmann-Lübenscheid, kann die für Sonntag, den 15. ds. Mts. angelegte Versammlung betr. Gründung einer Mittelstandsvereinigung nicht stattfinden; dieselbe findet voraussichtlich am Sonntag, den 29. Januar statt. Genauer Termin wird noch bekannt gegeben.

□ **Halber, 11. Jan.** Die Mitglieder der deutschen Nationalen Volkspartei werden auf die in vorliegender Nummer befindliche Anzeige der Ortsgruppe Halber besonders aufmerksam gemacht.

* **Schalksmühle, 11. Jan.** Im Vordergrund der lebhaften Bemühungen um ihre wirtschaftlichen Belange stand bei den Reichs-, Staats- und Kommunalbeamten sowohl wie auch bei den Kriegsschädigten usw. in den letzten Monaten wieder die Frage der Ortsklasseneinteilung. Am 15. Dezember vorigen Jahres hat der Reichstag das Gesetz über die endgültige Ortsklasseneinteilung auf Grund des Notgesetzes vom 12. Mai 1921 verabschiedet. In diesem Gesetz ist die wesentliche Bestimmung festgelegt, daß der Reichsrat und ein Ausschuss des Reichstages Orte oder Ortsteile in eine andere Ortsklasse einreihen können und die erste Nachprüfung des Ortsklassenverzeichnisses bis zum 1. März 1922 zu erfolgen hat. Während nun die Landgemeinde Lübenscheid durch das Gesetz vom 15. Dezember vorigen Jahres mit den Städten Lübenscheid und Altena gleich behandelt und in Ortsklasse A eingestuft ist, hat sich zur Überraschung aller Kreise die merkwürdige Tatsache ergeben, daß die Gemeinde Hallscheid, die mit der Landgemeinde Lübenscheid einen Amtskommunalverband bildet, in Ortsklasse B verblieben ist. Gegen diese völlig haltlose und ungerechtfertigte unterschiedliche Behandlung des kommunalpolitisch sowohl wie räumlich und wirtschaftlich zusammenhängenden Gebietes der gleichen Amtsgemeinde muß nun mit allen angezeigten Mitteln Stellung genommen werden. Alle die Momente, die für die Einteilung der Landgemeinde Lübenscheid in Ortsklasse A bestimmend waren, treffen in vollem Umfange auch auf ihre Schwester-gemeinde Hallscheid zu. Die Verhältnisse der beiden Gemeinden decken sich völlig. Die Gemeinde

Hallscheid ist gleich Lübenscheid-Land als Industrie-gemeinde anzusprechen. In den Tälern und auf den Höhen der Gemeinde pulsiert daselbe Leben, bestehen die gleichen Daseinsbedingungen. Alle die Teuerung gestaltenden und beeinflussenden Umstände, wie sie für die Industrie- und Berggemeinden des Westens mit ihrer zusammengeballten Bevölkerung charakteristisch sind, beobachten wir auch hier. Es hat sich daher die Verwaltung der Gemeinde Hallscheid, nachdem sie bereits kurz vor Verabschiedung des Ortsklassengesetzes im Reichstage in Gemeinschaft mit Vertretern benachbarter Gemeinden in Berlin vorstellig geworden war und dort in einer interfraktionellen Besprechung mit den Abgeordneten Westfalens verhandelt hat, durch die zwingenden Umstände veranlaßt gesehen, den maßgebenden Regierungsstellen wie auch den parlamentarischen Vertretern in ausführlicher Eingabe die Berechtigung ihrer Forderung auf Einstufung Hallscheids in Ortsklasse A erneut darzulegen. Am dieser Forderung und der Erfüllung ihrer berechtigten Wünsche Nachdruck zu verleihen, hatten die Vertreter bei den Verhandlungen in Berlin den Reichstagsabgeordneten Ziegler zu einem Besuch und daran anschließenden Vortrag innerhalb der Gemeinde verpflichtet. Am Sonnabend, den 7. ds. Mts. hatte sich nun der Abgeordnete Ziegler in Schalksmühle eingefunden. Die Versammlung im Saale Kriegeskorte-Neuenbrücke leitete der Herr Hauptlehrer Bunselmeier, Spormecke. Nach dessen Worten der Begrüßung wies zunächst Herr Amtmann Krumm aus Lübenscheid in lebhaften Ausführungen darauf hin, was der Abgeordnete Ziegler bisher in der h.ute zur Besprechung stehenden Frage der Ortsklasseneinteilung geleistet hat. Der Abgeordnete hat sich, so betonte der Amtmann, der Belange seines Wahlkreises in dieser Frage ganz besonders angenommen. Wenn sich die Regierungsstellen mehr und mehr dem Gedanken der Ortsklassen-Einteilung nach Wirtschaftsgebieten genähert haben, so ist das dem überzeugenden und unermüdlichen Schaffen Zieglers zuzuschreiben. Ihm verdankt die jüngst in Berlin anwesende Deputation der Vertreter der Gemeinden des Kreises Altena auch das Zustandekommen jener interfraktionellen Besprechung, eine Erscheinung, die bisher im Rahmen parlamentarischer Verhandlungsarbeit fremd war und daher als ein ganz besonderer Erfolg anzusprechen ist. In längeren Ausführungen legte der Abgeordnete die Entwicklung der Wirtschafts- und Teuerungsverhältnisse im letzten Jahrzehnt dar und vertrat in anschaulicher Weise auch hier wieder den von ihm in schriftstellerischer und rednerischer Tätigkeit immer wieder offenbarten Gedanken der Zusammenfassung einheitlicher Wirtschaftsgebiete. Die Schwierigkeit einer gerechten Abgrenzung dieser Gebiete liegt in der mit Sorgfalt und Gewissenhaftigkeit vorzunehmenden Prüfung aller wirtschaftlichen Verhältnisse und aller die Teuerung bestimmenden Umstände. Leider haben die maßgebenden Stellen die Verhältnisse des hiesigen Bezirks in dieser Hinsicht verkannt und es bedarf daher der Ausbringung überzeugender Beweismittel, um die Regierungsstellen, aber auch die Abgeordneten zu der Erkenntnis zu bringen, daß die Bestimmungen des Gesetzes, soweit sie für uns in Betracht kommen, unbedingt einer Revision bedürfen. In diesem Sinne zu wirken, versprach der Redner, indem er gleichzeitig den interessierten Kreisen unendliche und zielbewusste Arbeit zur Erreichung des Zieles ihrer Wünsche ans Herz legte. Die von hervorragender Sachkenntnis und tiefer Gründlichkeit getragenen Ausführungen des Abgeordneten wurden mit großem Beifall entgegengenommen. Die der Rede folgende Aussprache äußerte auf allen Seiten die Zustimmung zu dem, was der Abgeordnete vorgetragen hatte. Nachdem die Aussprache zum Thema der Ortsklasseneinteilung erschöpft war, verbreitete sich der Abgeordnete Ziegler noch über die reichsgerichtlichen Bestimmungen der Kriegsschädigten- und Kriegshinterbliebenen-Versorgung. Auch hier zeigte der Redner als Mitglied der maßgebenden Ausschüsse, daß er in ganz besonderem Maße zur Aufklärung auf diesem so überaus einschneidenden Gebiete der Sozialpolitik zu Hause war; er schöpfte aus dem Vollen. Abends reiste der Abgeordnete weiter nach Kierspe, um auch dort auf Einladung des Beamten-Ortskartells über die gleichen Fragen zu referieren.

Schloß Lindenstein.

Roman von Fritz Damm.

Es herrschte eine solche eigene Stille in der Natur, von der nur von dem eintönigen Geplätscher des Regens unterbrochen wurde, daß Lore sich eines beklemmenden Gefühls nicht erwehren konnte. Nach kurzer Zeit flog sie hinab und auf weitere Entdeckungen verzichtend, brachte sie Frau Wartenmann die Schlüssel wieder.

Dabei konnte sie sich doch nicht versagen, die Schließerrin zu fragen, welche Bewandnis es denn mit dem verhängten Bemitle im Zwischimmer habe.

Die alte Frau richtete ihre glühenden Augen mit ernstem Ausdruck auf Lore: „Wenn Sie einen guten Rat von einer alten Frau nicht verschmähen wollen, so erwählen Sie dieses Zimmer nie und fragen auch nicht nach den näheren Umständen.“

„Ah, schon wieder das Geheimnis von Schloß Lindenstein im Spiel“, meinte Lore ein wenig ärgerlich. „Man sollte sich wirklich bald davor hüten!“

„Seien Sie froh, gnädiges Fräulein, wenn Sie nichts davon hören. Vielleicht kommt doch einmal die Gelegenheit, wo Sie es erfahren werden. Es ist aber nichts Erfreuliches.“

Lore ging wieder in ihr Zimmer und verließ daselbst erst, als die Baronin sie zu sich bitten ließ. Gleich ging das junge Mädchen hinüber. Der Empfang war wohl ganz wie sonst und doch konnte Lore sich eines leisen Unbehagens nicht erwehren. Waren es nun die forschenden Blicke der Baronin, die sie oftmals auf sich ruhen fühlte, oder lag es an der trüben Witterung. Lore stand unter der vorahenden Einwirkung von irgend etwas Unangenehmem.

Erleichtert atmete sie auf, als es zu Tisch ging. Eine begreifliche Spannung bemächtigte sich ihrer. Jetzt mußte sie ja wieder mit Onkel Günter zusammentreffen und sie war neugierig, ob er heute ebenso froh und gutmütig mit ihr verkehren würde, wie gestern. Nicht gering war daher ihre Enttäuschung, als sie wahrnahm, daß nur zwei Kuverts auf-lagen, der Graf also nicht zum Essen erwartet wurde. Da die Baronin Tischgespräche nicht liebte, so verließ das Mahl sehr einsilbig. Ebenso langweilig verging der Nachmittag. Gegen sieben Uhr kam Franz und meldete, daß das Abendessen angerichtet sei, der Herr Graf und die Frau Ba-

ronin befanden sich schon dort. Hastig warf Lore noch einen Blick in den Spiegel und ordnete rasch ihren Anzug. Dann steckte sie noch eine halberblühte Marzall-Rose in den Gürtel ihrer hellen Bluse und schritt eilig hinab. An der Tür angelangt, klopfte ihr Fuß einen Moment.

Deutlich vernahm sie die harte, scharf klingende Stimme der Baronin, welche in erregtem Tone etwas sprach. Es widerstrebe ihr, zu horchen und sie trat mit freudlichem Gruß über die Schwelle.

Welch ein liebliches Bild auch das junge, frische Mädchen darbot, wie es mit seiner schlanken Gestalt in dem Türhahmen erschien, auf die im Zimmer befindlichen Personen schien daselbst keinen Eindruck zu machen. Die Baronin brach die Rede sofort ab. — Der Graf nickte nur kurz als Erwiderung auf ihren Gruß. Still nahm sie ihren Platz ein. Kein freundliches Wort, kein aufmunternder Blick erinnerten an ihr geistiges trauriges Beisammensein, alles war wieder so teilnahmslos und frostig wie vormals.

Schweigend wurde das Essen eingenommen.

Ehe Graf Günter sich erhob, um in sein Zimmer zu gehen, wandte er sich an Lore: „Du erinnerst dich wohl noch unseres gestrigen Gesprächs wegen der Reistunden. Dein Wunsch läßt sich leider nicht verwirklichen. Es fehlt an einem geeigneten Pferde und auch sonstige Hindernisse treten der Ausführung des Planes entgegen.“

Ganz ruhig, wie wenn er etwas Beiläufiges nebenher abfertigte, hatte Graf Günter diese Worte gesprochen. In Lore flog es heiß auf und sie fühlte, wie das Raß ihr in die Augen trat.

Sich gewaltsam fassend, erwiderte sie:

„Ich bitte, Onkel Günter, ich verzichte gern darauf, wenn die Ungelegenheiten daraus entstehen. — Falls du einige meiner Zeichnungen sehen willst — du äufertest ja gestern einen derartigen Wunsch —, so hast du wohl die Güte, es mich wissen zu lassen.“

Eine kurze Pause trat ein, dann ertönte die so müde Stimme Graf Günters:

„Jetzt nicht, bitte! Vielleicht später einmal. Ich werde dich dann darum ersuchen.“

Nach ein kurzer Gutenachtgruß und der Graf verließ das Zimmer. Auch die Baronin erhob sich.

„Folge mir, bitte, auf mein Zimmer, Leonore! Ich möchte etwas mit dir besprechen.“

Lore, welche nur mit Mühe ein Weinen unterdrücken konnte, schritt hinter der stolzen Dame her. In ihrem Wohn-

zimmer angekommen, nahm die Baronin in ihrem Lehnstuhl Platz und begann sofort:

„Ich kann nicht umhin, dir meine Mißbilligung über deine Handlungsweise auszusprechen. Bei deiner Ankunft machte ich dir Andeutungen über die besonderen Verhältnisse hier im Hause. Ich muß aber zu meinem Bedauern konstatieren, daß du es an der nötigen Aufmerksamkeit und Rücksichtnahme hast fehlen lassen.“

„Darf ich nicht wissen, worin ich gefehlt habe, Hebe- tante?“ — Lore wunderte sich selbst über den unerwarteten, heftigen Ton, den sie dieser harten, stolzen Frau gegenüber anschlug.

„Gewiß, meine Liebe! Zuerst finde ich es nicht am Platze, daß du an Onkel Günter das Anfinnen stellst, dir Reistunden zu erteilen. Er würde sich ja schließlich herbeigelassen haben, aber ich weiß, daß gerade seine einsamen Ritte ihm einen außerordentlichen Genuß verschaffen, der ja in Frage gestellt würde, wenn er öfter gezwungen wäre, dich begleiten zu müssen.“

„Ich habe keinen direkten Wunsch in dieser Richtung geäußert, sondern nur von den Reizen eines ländlichen Rittes gesprochen.“

„Auf die Form kommt es ja absolut nicht an. Von viel weittragenderen Folgen ist eine andere Angelegenheit. Du weißt, daß ich deine, an sich gewiß unschuldigen Malversuche nie störend empfunden habe. Und doch haben dieselben sich in unliebsamer Weise bemerkbar gemacht. Ich will dir nun weiter keine unnützen Vorwürfe machen, kann es aber nicht unterlassen, dich darum zu tabeln, weil du gar zu ostentativ deine Staffelei vor den Augen meines Bruders aufgestellt hast. In ihm sind dadurch unliebsame Erinnerungen erwacht, welche nur zu sehr geeignet sind, sein ehedem schon verdüstertes, äußerst empfindsames Gefühlsleben aufs neue zu erregen.“

In Lores Innern erhoben sich die widerstrebendsten Gefühle. Ein großes Mitleid mit dem armen Onkel erfaßte sie, zugleich empörte sich auch ihr Stolz über die wegwerfende Art, in der die Baronin zu ihr redete.

(Fortsetzung folgt)

Das kritische Jahr der Ehe.

Eine merkwürdige Entdeckung.

In welchem Jahre haben sich Eheleute am meisten in acht zu nehmen, soll nicht der Zusammenhang, die Liebe, die Treue in die Brüche gehen? Mit dieser Frage beschäftigt sich die schwedische Frauenzeitung „Charne“. Die Schweden haben immer schon Ehefragen und Eheproben ins Herz geschlossen, man denke an Strindberg, der alle Jahre eine neue Frau hatte und dann darüber einen Roman schrieb. Ob die Schweden so tiefgründig über Ehe- dinge nachdenken, weil ihr großer Strindberg es sie gelehrt hat? Ob vielleicht umgekehrt Strindberg gerade deshalb sich den Ehedingen gewidmet hat, weil seine Landsleute das liebten? Wahrscheinlich das letztere. Die Schweden leben im allgemeinen recht glücklich, man könnte sie beneiden. Nun, wer keine Sorgen hat, macht sich welche.

Das kritische, gefährliche Jahr der Ehe ist das dritte. Von allen Ehescheidungen fallen ein Viertel, manchmal ein Drittel auf das dritte Jahr der jungen Ehe. Die unbesiegbare Statistik hat das nachgewiesen. Wenigstens, wie gesagt, für Schweden. Vielleicht setzt sich einmal ein deutscher Statistiker hin und rechnet nach, wie es bei uns im lieben Vaterlande steht, und dann, wie sich die anderen Nationen verhalten. Es wäre ganz interessant, das zu vergleichen und daraus Schlüsse zu ziehen auf den Charakter der Völker und ihre Sitten.

Man kann ja wohl nachträglich erklären, wieso gerade das dritte Ehejahr zu einem so entscheidenden wird. Mit jungem Idealismus, mit romantischen Gefühlen ist das Paar in die Ehe getreten, zwei Jahre sind in romantischen Gefühlen hingegangen — das ist eigentlich schon eine ganze Masse — aber mehr als zwei Jahre Romantik bringen die meisten Paare nicht auf. Der junge Mann entdeckt, daß der Engel, die Göttin, recht irdische Anwandlungen haben kann; die junge Frau findet, daß er, der Herrliche von allen, nicht genug Geld verdient, um ihren Ansprüchen zu genügen. Die Enttäuschung steigert sich zum Ärger, zur Nervosität, schließlich finden die beiden, die für einander geschaffen waren, daß sie sich nicht ausstehen können. Zu einem dritten Jahre romantischer Selbsttäuschung reicht es nicht. Bei anderen ist das mehr Materielle entscheidend. Die Ersparnisse, die Mitgift oder was sonst die Grundlage der gemeinsamen Existenz bilden sollte, gehen zu Ende, die geschäftlichen Hoffnungen sind nicht Wirklichkeit geworden, man sieht vor Sorgen, zwei sind schwerer zu ernähren als einer, also geht man auseinander. Merkwürdigerweise bildet auch oftmals das erste Kind den Druck auf den Knopf, der die Explosion auslöst. Die meisten Eltern werden ja durch die gemeinsame Sorge für das Kind noch enger zusammengeführt; wo aber schon etwas nicht stimmt, kann das Kind auch trennen. Der Gatte sieht, wie die

junge Mutter ihren Sprössling ins Herz schließt, mit Reiz und Mißbehagen verfolgt er, wie er nicht mehr der einzige ist, um den die Gedanken des Weibes kreisen; er wird eifersüchtig auf sein eigenes Fleisch und Blut, eins kommt zum anderen.

So sind wohl die Gründe verschieden, aber im dritten Jahre scheint allerlei zusammenzukommen, um die Entscheidung herbeizuführen. Die Ehepaare, die aber pflichtgetreu gegen die überall auftretenden Vermittlungen und Störungen des Eheglücks ankämpfen, und denen es gelingt, die Krisis des dritten Jahres zu überwinden, haben dann eine um so sichere Gewähr für späteres, dauerndes Einvernehmen, wenn auch die Romantik flüchtig gegangen ist.

Man kann sich denken, daß eine solche Treue oder das Pflichtgefühl in verschiedenen Völkern verschieden stark sein kann. Manche nehmen die Ehe leichter als andere. In der einen Nation überwiegen diejenigen, die in der Ehe ein Privileg sehen, in der anderen diejenigen, die sie als eine Beschränkung auffassen. Vielleicht ist beides nicht ganz richtig. Wenn du nehmen willst, so gib: wer Glück verlangt, muß dafür auch Opfer bringen. R. W.

Bermischtes.

▲ Ende der englischen Wette? Der Lordoberrichter von England hat kürzlich ein Urteil erlassen, das der englischen Nationalanleihegesellschaft des Wetten einen schweren Schlag versetzt. Die aufsehenerregende Entscheidung erklärt es nämlich für unzulässig, verlorene Wetten durch Schecks zu bezahlen, und führte zur Begründung aus, daß für Wetten das gleiche gelten soll wie für die Hazardspiele, Bücher und andere vom Gesetz als unmoralisch betrachtete Geschäfte. Daher habe derjenige, der eine Wette bezahlt hat, das Recht, sein Geld zurückzufordern. Man kann sich nun denken, welche Beunruhigung diese richterliche Entscheidung in einem Lande hervorgerufen hat, wo die Wettleidenschaft in üppigster Blüte steht, und wo man selbst kleine Beträge nur mit Schecks zu bezahlen pflegt. Man spricht von Hunderttausenden, ja von Millionen von Pfund Sterling, die infolge von Wetten verloren worden sind und auf Grund dieses Urteils zurückverlangt werden können.

▲ Ein Staat, der das Porto ermäßigt. Die Zeitungen Afghanistans melden, daß die Regierung sich entschlossen habe, die Postgebühren um 50 Prozent herabzusetzen. Man erwarte, daß diese Verbilligung eine Steigerung der Posteinkünfte herbeiführen werde, da man annimmt, daß sich dann breitere Schichten der Bevölkerung des schriftlichen Verkehrs, der sich offenbar noch nicht sehr durchgesetzt hat, bedienen werden. Für diesen Fall stellt die Behörde sogar noch eine weitere Ermäßigung des Portos in Aussicht. — Glückliches Afghanistan!

Arbeiter und Angestellte.

Berlin. (Keine Kürzung von Besoldungen mehr.) Nach einer Mitteilung des Verbandes der Kommunalbeamten und Angestellten Preußens (K. V.) hat der preussische Minister des Innern die angeordnete vorläufige Kürzung der für die Gemeindebeamten sich aus Anlaß der letzten Besoldungserhöhung im Reich und Staat ergebenden Mehrbeträge telegraphisch aufgehoben.

Leben und Wissen.

Sunderjarsfeier in Gelsingfors. Am 1. November feierte die älteste wissenschaftliche Gesellschaft Finnlands, die „Societas pro fauna et flora fennica“ (Gesellschaft für finnische Tier- und Pflanzenleben) ihr hundertjähriges Jubiläum unter starker Beteiligung. Glückwünsche gingen ihr unter anderem von 27 deutschen und vier österreichischen Vereinen. Die Gesellschaft hat ungemein viel zur Entwicklung der naturwissenschaftlichen Forschung beigetragen.

Neues selbststrahlendes Mineral. Nach einer Erklärung des Professors Schoet in einer Sitzung der Pariser Akademie der Wissenschaften ist am belgischen Kongo bei Basoto ein neues Mineral gefunden worden, das dieselben strahlenden Eigenschaften hat wie das Radium. Dieses „Asofit“ genannte Mineral hat das Aussehen eines gelblichen Kristalls, verändert sich aber, wenn Strahlen abgegeben werden und das Mineral an Substanz verliert.

Aus dem Gerichtssaal.

§ Bucher um fünf Pfennige. Der Besitzer der altbekannten Grobbücherei Anton Seidl in München wurde vom Buchergerichte zu 10.000 Mark Geldstrafe verurteilt, weil er im Juli vorigen Jahres, als das Seimelbad wieder erlaubt wurde, die Seimel in seinen Filialen zu 40 Pfennigen statt zum Höchstpreis von 35 Pfennigen verkauft hat. Das Haus Seidl ist bekanntlich das Stammhaus der verstorbenen großen Künstlerbrüder Gabriel und Emanuel von Seidl.

Kohlenbericht Elektrizitätswert Markt.

Lagerbestand.			
Kraftwerk:	Herdecke	Elberkingen	Giesel
8. 1. 1922	1580 t	532 t	0 t
9. 1. 1922	1537 t	512 t	0 t

Schriftleitung: Wilt. Bell, Halver i. Westf.

Bekanntmachung.

Auf die am 2. Dezember 1920 in Nr. 282 des Altenaer Kreisblattes veröffentlichte Bekanntmachung betr. die Wahl der **Vertrauensmänner und Ersatzmänner für die Angestelltenversicherung im Kreise Altena** — außer Stadt Altena — sind die nachstehenden gültigen Vorschlagslisten rechtzeitig bei dem Unterzeichneten eingegangen:

Von den vereinigten Angestellten:

A. Vorschlagsliste des Allgemeinen freien Angestelltenbundes.

1. Appl, Max, Bürovorsteher, Meinerzhagen, Schulstr. 4
2. Borlinghaus, Karl, Handlungsgehilfe, Meinerzhagen, Kirchstr. 11
3. Asbel, Gustav, Werkmeister, Meinerzhagen, Bahnhofstr. 8
4. Kattwinkel, Wilt, Formermeister, Meinerzhagen, Hauptstr. 23
5. Kappel, Eduard, Werkmeister, Meinerzhagen, Lindenstr.
6. Reigel, Franz, Schachtmeister, Meinerzhagen, Hauptstr.
7. Rothstein, Karl, Drehermeister, Meinerzhagen, Senfelerstr.
8. Kamphaus, Adolf, Drehermeister, Meinerzhagen, Derschlagestr.
9. Langte, Ferdinand, Bauführer, Meinerzhagen, Bollmestr. 42

B. Vorschlagsliste des Deutschen nationalen Handlungsgehilfen-Verbandes.

1. Blume, Karl, Buchhalter, Oberbrügge i. W.
2. Fischer, Paul, Handlungsgehilfe, Werdohl
3. Benninghaus, Alfred, Reisender, Kierspe-Bhf.
4. Sure, Ernst, Handlungsgehilfe, Eoking i. W.
5. Trone, Walter, „ Halver i. W.
6. Mayweg, Ernst, „ Schalksmühle i. W.
7. Kattwinkel, Wilt, „ Oberbrügge i. W.
8. Richter, Walter, „ Werdohl i. W.
9. Schmidt, Fritz, „ Kierspe i. W.

C. Vorschlagsliste des Afabundes.

1. Krämer, Ludwig, Werkmeister, Werdohl, Steinwerth 97.
2. Böder, Theodor, Plakmeister, Werdohl, Bersvörde
3. Blate, Albert, Werkmeister, Wärenstein
4. Kaufmann, Karl, Werkmeister, Eoking
5. Scholz, Gustav, Werkmeister, Werdohl, Wilhelmshöh
6. Bengelsen, Ernst, Werkmeister, Kleinhammer
7. Solmeke, August, Werkmeister, Werdohl, Wilhelmshöh
8. Jung, Carl, Werkmeister, Eoking
9. Dreher, S., Werkmeister, Werdohl, Schulstr.

D. Vorschlagsliste des Afa-Bundes.

1. Wagner, Fritz, Werkmeister, Plettenberg, Alleestr. 1
2. Kurth, Jakob, Sekretär, „ Wilhelmstr. 1
3. Grüber, Wilhelm, Werkmeister „ Grünestr.
4. Solms, Heinrich, Lagerhalter, „ Kirchplatz
5. Klöckner, Wilhelm, Werkmeister „ Böddinghauserweg 1
6. Kaufe, Wilhelm, Kassierer, „ Herseiderstr.
7. Käßmann, Ernst, Werkmeister „ Süßstr. 6
8. Ohm, Karl, Werkmeister, „ Hestenberg 4
9. Hoff, Fritz, Werkmeister, „ Grüneweg

E. Vorschlagsliste der Verbände des Hauptauschusses.

1. Buschhaus, Otto, Kaufmannsgehilfe, Bruch bei Hothausen, Kr. Altena
2. Hohlweg, Ad., Kaufmannsgehilfe, Plettenberg, Kronprinzenstr. 1
3. Wintemann, Oskar, Prokurist, Plettenberg, Zimmerstr. 2
4. Geese, Wilt, Kaufmannsgehilfe, Himmelmerkt Kr. Altena
5. Gärtner, Heinrich, Kaufmannsgehilfe, Plettenberg, Brachstr. 12
6. Knips, Adolf, Kaufmannsgehilfe, Plettenberg, Stiftstr.
7. Wetter, Adolf, Kaufmannsgehilfe, Böddinghausen b. Plettenb.
8. Gode, Fritz, Kaufmannsgehilfe, Plettenberg, Neuestr. 8
9. Köring, W., Kaufmannsgehilfe, Plettenberg Bhf., Bredbestr. 11

Es wird nochmals darauf hingewiesen, daß nur für unveränderte Vorschlagslisten — wie vorstehend aufgeführt — gestimmt werden darf; auch die Reihenfolge der Vorgeschlagenen in den Vorschlagslisten darf nicht geändert werden. Es genügt, daß der Wähler die Bezeichnung der Liste angibt.

Die Stimmzettel dürfen nicht unterschrieben sein und keinen Protest oder Vorbehalt enthalten.

Altena, den 9. Januar 1922.

Der Wahlleiter: A. H. L., Regierungsausschaff.

Für die so vielen Beweise aufrichtiger Teilnahme beim Hinscheiden unseres teuren Entschlafenen, für die Trostorte des Herrn Pastor Pels-Leusden, für den Grabesang der Vereine Arion und Rheingold, sowie für das zahlreiche Grabgeleit und Kranzpenden sagen wir auf diesem Wege allen unsern

tieftgefühlten, herzlichsten Dank.

Familie Aug. Wermekes,
Vorth b. Grünenbaum.

Allgemeine Ortskrankenkasse Kierspe.

Durch Beschluß der Vorstandssitzung vom 7. Januar 1922 wurde auf die seitens des Oberversicherungsamtes Arnsberg vorgeschriebenen nachstehend verzeichneten Grundlöhne ab 15. Januar 1922 ein Beitrag von 6% festgesetzt.

Stufe	Tagesarbeits-Verdienst	Grundlohn	2 wöchentl. Beitrag
1	bis 7,51 Mk.	5,— Mk.	3,00 Mk.
2	von 7,51 bis 12,—	10,—	7,20
3	von 12,01 bis 17,—	15,—	10,80
4	von 17,01 bis 22,—	20,—	14,40
5	von 22,01 bis 27,—	25,—	18,—
6	von 27,01 bis 32,—	30,—	21,60
7	von 32,01 bis 37,—	35,—	25,20
8	von 37,01 bis 42,—	40,—	28,80
9	von 42,01 bis 47,—	45,—	32,40
10	von 47,01 bis 52,—	50,—	36,—
11	von 52,01 bis 57,—	55,—	39,60
12	über 57,—	60,—	43,20

Bei Lehrlingen ohne Entgelt gilt der Grundlohn der 1. Stufe.

Versicherungsgrenze 40.000 Mk. jährlich.

Die Arbeitgeber werden aufgefordert, sofort dem Rentanten die betreffende Klassenangehörigkeit oder den Verdienst ihrer Arbeitnehmer anzugeben.

Kierspe, den 9. Januar 1922.

Der Vorstand.

Gebe noch preiswert vom Lager ab:
neue und gebrauchte Ofen
Gußherd und **Herde**
1 email- lierten und andere
und einige gebrauchte
Waschmaschinen u. Separatoren
Otto Haase, Eisenwaren, Kierspe
Telefon 181 Amt Meinerzhagen.

Einen gebrauchten

Herd

gut erhalten, verkauft

Franz Potthoff,
Kierspe-Bhf.

Habe Freitag

Rühe

zum Verkauf stehen.

W. Schoppmann, Linge.

Glörfelder
Viehversicherungsverein.

Generalversammlung

Donnerstag, den 11. Jan. 22
abends 7 Uhr im Lokale Hugo
Huffer-Kottausen.

Tagesordnung:

1. Rechnungsablage.
2. Vorstandswahl.
3. Verschiedenes.

Der Vorstand.

Wir stellen noch eine Anzahl

Arbeiter und Arbeiterinnen

ein.

Brenscheid & Co.
Brügge.

Wir suchen
zum mögl. sofort. Eintritt einen

jungen Mann
für Lager, Registratur
und Botengänge.

Angebote mit Lebenslauf, Zeug-
nissen und Gehaltsansprüchen an
König & Eickmeyer G. m. b. H.
Eisengroßhandlung
in Buer i. Westf.

1 Arbeiter

sofort gesucht.

Walz- u. Drahtwerk
Halver.

Pferdeversicherungs-
Gesellschaft
im Amte Halver.

Am Samstag, den 14. Jan.
nachm. 5 Uhr im Gasthof
„zur Post“

Jahres-Versammlung

Tagesordnung:

1. Jahresbericht u. Rechnungsabnahme.
2. Festsetzung der Jahresbeiträge.
3. Besprechung der Versicherungssumme.
4. Erhöhung des Kurkostenanteils.
5. Erhöhung des Eintrittsgeldes.
6. Vertrag mit Pferdebesitzern.
7. Renwahl des Vorstandes.
8. Verschiedenes.

Der Vorstand.

Bienenzuchtverein
Schmidthausen-Bommert.

Samstag, den 14. d. Mts.,
nachm. 4 1/2 Uhr,
im Lokale des Herrn Ernst
Grafe, Schmidthausen

Versammlung.

Deutschnation. Volkspartei

Ortsgruppe Halver.

Sonntag, den 15. Januar,
3 Uhr nachmittags findet in
Hagen („Kaiserhof“
Eberfelderstraße) der

Parteitag

des Landesverbandes Arnsberg
statt.

U. a. Vorträge von Frau Abge-
ordnete Deutsch („Die Frau und
die Politik“) und von Staats-
minister a. D., M. d. L. Wallraf
(„Die politische Lage“).

Die Mitglieder werden drin-
gend zur Teilnahme aufgefordert.
Mitgliedskarte als Ausweis mit-
nehmen!

Allgemeine Abfahrt 12⁴⁴ Uhr
mittags ab Halver.

Der Vorstand.

Die für Sonntag anberaumte
Gründungsversammlung

einer

Mittelstandsvereinigung

muß infolge Erkrankung des
Redners voraussichtlich auf
14 Tage später verlegt
werden. Genauer Anm. wird
noch bekannt gegeben.

Der prov. Vorstand.

Radfahrer-Verein
Halver.

Sonntag, 15. Januar,
nachm. 4 Uhr,
im Vereinslokal Gasth. z. Löwen:

Generalversammlung.

Der Vorstand.

Turn-Verein
Deddinghausen.
(1888)

Samstag, den 14. Januar,
abends 7 1/2 Uhr

General-Versammlung

im Vereinslokal.

Tagesordnung:

1. Aufnahme.
2. Jahresbericht.
3. Rassenbericht.
4. Renwahl des Vorstandes
5. Wahl eines Delegierten zum
Gauturtag.
6. Erhöhung der Beiträge.
7. Verschiedenes.

Um recht zahlreiches u. pünkt-
liches Erscheinen bittet

Der Vorstand.